

**Zeitschrift:** Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

**Herausgeber:** Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

**Band:** 80 (1973)

**Heft:** [2]

**Rubrik:** Volkswirtschaft

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Volkswirtschaft

## Woher kam 1972 die Teuerung?

Von allen Hauptgruppen des Landesindex der Konsumentenpreise wies im Durchschnitt aller zwölf Monate des Jahres 1972 die Körper- und Gesundheitspflege mit 9,3 % den grössten Teuerungsanstieg auf. Dahinter folgten die Miete (8,4 %), Getränke und Tabakwaren (8,3 %), der Verkehr (8,2 %), die Bekleidung (7,8 %), die Nahrungsmittel (6,4 %), Haushaltungseinrichtung und -unterhalt (5,1 %) sowie Bildung und Erholung (4,7 %). Einzig die Gruppe Heizung und Beleuchtung zeigt für den Jahresdurchschnitt 1972 eine Verminderung des Preisniveaus um 2,6 % im Vergleich zum Jahresmittel 1971. Die durchschnittliche Gesamtteuerung von 6,7 % im Jahre 1972 wurde zu mehr als einem Viertel (28,4 %) durch die Nahrungsmittel und zu ziemlich genau einem Viertel (25,4 %) durch die Miete verursacht. Die Bekleidung trug 14,9 % zur gesamten Teuerungsrate bei, der Verkehr sowie die Körper- und Gesundheitspflege je 10,4 %. Mit einem Anteil von 6,0 % partizipierten die Getränke und Tabakwaren, mit einem solchen von 4,5 % Haushaltungseinrichtung und -unterhalt und mit 3,0 % Bildung und Erholung, wogegen die Gruppe Heizung und Beleuchtung, im Jahresmittel betrachtet, nichts zur Teuerung beitrug. Stärker an der Teuerung beteiligt als 1971 waren im vergangenen Jahr die Getränke und Tabakwaren, die Bekleidung, der Verkehr sowie die Körper- und Gesundheitspflege.

wf

## Die Kapitalhilfe an Entwicklungsländer

An der letzten UNCTAD-Konferenz in Santiago de Chile ist viel von der Finanzierung der Entwicklungshilfe, aber kaum von der Verwendung der Finanzmittel in den Entwicklungsländern gesprochen worden. Dabei hängt der Erfolg der Entwicklungspolitik nicht nur von der Höhe der finanziellen Leistungen der Industrieländer, sondern ebenso sehr von der Wirksamkeit ihres Einsatzes in den Entwicklungsländern ab.

### Die Produktivität des Kapitaleinsatzes

Eine Kapitalinvestition erfüllt ihren Zweck nur, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern vermag. Dann setzt sich die wohlstandsfördernde Spirale in Bewegung, die von den Investitionen zur Steigerung der Beschäftigung und des Volkseinkommens führt. Ohne entsprechende Rahmenbedingungen und bei fehlendem technischem Wissen und Können besteht die Gefahr von Fehlinvestitionen. Deshalb ist es wichtig, die Voraussetzungen für eine Erhöhung des Wirkungsgrades des Kapitaleinsatzes in den Entwicklungsländern zu schaffen.

## Die Bedeutung der Direktinvestitionen

Im Hinblick auf diese Aufgabe kommt den privaten Direktinvestitionen eine besondere Bedeutung zu. Bei diesen wird die Produktivität des Kapitaleinsatzes dadurch sichergestellt, dass mit der Kapitalinvestition wichtige Dienstleistungen zur Gewährleistung des wirtschaftlichen Erfolges verbunden werden. Dazu gehört insbesondere, dass das wirtschaftliche und technische Wissen und Können mitgeliefert wird, und dass auch die einheimischen Arbeitskräfte angelernt und weitergebildet werden. Hierdurch wird ein wesentlicher Beitrag zur Verminderung der chronischen Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern geleistet. Darüber hinaus helfen die privaten Direktinvestitionen mit, die oftmals einseitig gelagerten Produktionsstrukturen zu verbreitern. Vor allem ergänzen sie die krisenanfälligen Monokulturen auf dem Agrarsektor und führen zu einer Diversifikation der Wirtschaft, die dadurch aktiviert und stabilisiert wird.

Es ist daher zu begrüßen, dass die privaten Direktinvestitionen der westlichen Industrieländer in den letzten Jahren zu einer bedeutenden Komponente der Entwicklungshilfe geworden sind. Sie haben sich von 1,8 Mrd \$ im Jahre 1960 auf 4,1 Mrd \$ im Jahre 1971 erhöht. Zusammen mit den Exportkrediten, die im gleichen Zeitabschnitt von 0,5 Mrd \$ auf 2,7 Mrd \$ gestiegen sind, haben damit die privaten Leistungen einen erheblichen Zuwachs zu verzeichnen. Sie sind von 1960 bis 1971 um 147 % gestiegen, wogegen sich die öffentlichen Leistungen um 80 % erhöht haben. Aus diesen strukturellen Veränderungen geht hervor, dass die Entwicklungsländer in zunehmendem Masse in den Welthandel integriert und zu gleichberechtigten Partnern der Industrieländer werden. Bei den heutigen Konzentrationstendenzen in der europäischen Wirtschaft mit der grossen Wanderbewegung der Arbeitskräfte von den weniger zu den stärker entwickelten Gebieten liegt es zudem im beiderseitigen Interesse, wenn umgekehrt nach Möglichkeit das Kapital und das «Know how» der Betriebsführung zu den Arbeitskräften hingeführt wird.

### Vermehrte Arbeitsbeschaffung

Immer mehr wird nicht nur die Kapital-, sondern die Arbeitsbeschaffung zum Hauptproblem der Entwicklungshilfe. Nach den Schätzungen des Internationalen Arbeitsamtes gibt es gegenwärtig in den Entwicklungsländern rund eine Milliarde Erwerbstätige und etwa 100 Millionen Arbeitslose. Bis 1980 dürften zusätzlich 250 Millionen Menschen in das Erwerbsleben eintreten, so dass in den nächsten acht Jahren die Schaffung von 350 Millionen neuen Arbeitsplätzen notwendig ist.

Die Mithilfe bei der Bewältigung dieses Problems stellt auch eine wichtige Aufgabe für die Industrieländer dar. Mit den Direktinvestitionen, der Entsendung von Experten in die Entwicklungsländer und der Ausbildung von Arbeitskräften aus der Dritten Welt sind auf diesem Gebiet schon beträchtliche Anstrengungen unternommen worden.

## Schutz der Kapitalanlagen

Die Entwicklungshilfe ist nicht allein ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches und soziales Problem. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Kapitalinvestitionen, die sowohl nach wirtschaftlichen Prinzipien vorzunehmen als auch in ausreichendem Masse vor den Währungs-, Transfer- und politischen Risiken zu schützen sind.

Diese Gefahren wiegen in den Entwicklungsländern besonders schwer, da deren Zahlungsbilanzen in der Regel defizitär sind und die politische Lage oft labil ist. Im Hinblick auf diese Erschwerungen der Kapitalhilfe haben eine Reihe von Industrieländern Investitionsschutzgarantien geschaffen. Aber auch die Entwicklungsländer werden in Zukunft vermehrt zum Schutze der ausländischen Kapitalien beizutragen haben, wenn sie an den Vorzügen der internationalen Arbeitsteilung in grösserem Umfange teilhaben wollen.

SBG, 8021 Zürich

## EWG und EFTA in Zahlen

Die Schweiz gewinnt durch den Freihandelsvertrag mit der EWG freien Zugang zum europäischen Grossmarkt. Die Stärke der Europäer wird im Zahlenvergleich deutlich. Nach den neuen Verträgen erweitert sich die Bevölkerung von 190 Mio auf 293 Mio Menschen (USA: 250 Mio), das Bruttosozialprodukt wächst von 486 Mia US Dollar auf 722 Mia US Dollar (USA: 974 Mia Dollar). Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes der Europäer liegt mit 4,6 Prozent höher als in den USA mit 3,3 Prozent. Bezogen auf die Einwohnerzahlen sind die Amerikaner aber immer noch rund doppelt so reich wie die Mitglieder der EWG und EFTA. Die Zahlen vom September basieren noch auf der Annahme, Norwegen werde dem Beitritt zur EWG zustimmen (siehe Tabelle).

EWG und EFTA in Zahlen (Stand: September 1972)

|                            | Fläche<br>1000 km² | Bevölkerung<br>Mio<br>Einwohner<br>1970 | Bruttosozialprodukt  |                                    |   | Aussenhandel                               |   |         |
|----------------------------|--------------------|---|----------------------|------------------------------------|---|--|---|---------|
|                            |                    |   | Mia<br>US \$<br>1970 | US \$<br>je Ein-<br>wohner<br>1970 | Wachs-<br>tumsrate<br>1965—70<br>in % p. a. | Exporte<br>u. Imp.<br>Mia<br>US \$<br>1970 | Wachstumsrate<br>1965—70<br>in % p. a.<br>Exporte | Importe |
| EWG                        |                    |   |                      |                                    |   |  |   |         |
| Bundesrepublik Deutschland | 248                | 61,6                                    | 187,0                | 3035                               | 4,6   | 64,0                                       | 11,3  | 9,8     |
| Frankreich                 | 547                | 50,7                                    | 148,2                | 2923                               | 5,8   | 37,0                                       | 10,8  | 12,4    |
| Italien                    | 301                | 54,5                                    | 92,8                 | 1703                               | 6,0   | 28,2                                       | 11,2  | 13,7    |
| Holland                    | 37                 | 13,0                                    | 31,3                 | 2408                               | 5,2   | 25,2                                       | 12,1  | 11,1    |
| Belgien, Luxemburg         | 34                 | 10,0                                    | 26,9                 | 2690                               | 4,6   | 23,0                                       | 10,5  | 10,3    |
| Total                      | 1167               | 189,8                                   | 486,2                | 2562                               | 5,3   | 177,4                                      | 11,2  | 11,3    |
| Beitrittsländer            |                    |   |                      |                                    |   |  |   |         |
| Grossbritannien            | 244                | 55,8                                    | 121,2                | 2172                               | 2,2   | 41,1                                       | 5,8   | 5,0     |
| Dänemark                   | 43                 | 4,9                                     | 15,6                 | 3184                               | 4,4   | 7,7  | 6,5   | 8,1     |
| Norwegen                   | 324                | 3,9                                     | 11,4                 | 2923                               | 4,6   | 6,2  | 9,6   | 9,2     |
| Irland                     | 70                 | 2,9                                     | 3,5                  | 1207                               | 4,0   | 2,7  | 11,4  | 8,7     |
| Total                      | 681                | 67,5                                    | 151,7                | 2247                               | 2,6   | 57,7                                       | 6,5   | 6,1     |
| Rest-EFTA                  |                    |   |                      |                                    |   |  |   |         |
| Schweiz                    | 41                 | 6,3                                     | 20,2                 | 3206                               | 3,8   | 11,6                                       | 8,4   | 8,9     |
| Schweden                   | 450                | 8,0                                     | 32,5                 | 4062                               | 3,9   | 13,8                                       | 9,2   | 7,0     |
| Oesterreich                | 84                 | 7,4                                     | 14,4                 | 1946                               | 5,1   | 6,4  | 12,3  | 9,8     |
| Finnland                   | 337                | 4,6                                     | 10,2                 | 2217                               | 5,0   | 4,9  | 8,9   | 8,3     |
| Portugal                   | 92                 | 9,7                                     | 6,3                  | 649                                | 6,0   | 2,5  | 10,4  | 9,2     |
| Total                      | 1004               | 36,0                                    | 63,6                 | 2325                               | 4,4   | 39,2                                       | 9,5   | 8,4     |
| Total EWG und EFTA         | 2852               | 293,3                                   | 721,5                | 2460                               | 4,6   | 274,3                                      | 10,0  | 9,7     |
| Zum Vergleich: USA         | 9363               | 205,4                                   | 974,2                | 4730                               | 3,3   | 85,7                                       | 6,2   | 9,7     |

Quelle: SKA